



2023

**WIR
FÖRDERN
MITTELSTAND**

GESCHÄFTS BERICHT

Bürgschaftsbank Thüringen

bb-thueringen.de

Digitaler Geschäftsbericht

Unser Geschäftsbericht ist ab sofort auf einer eigenen Website digital verfügbar. Sie gelangen über folgenden Link direkt dorthin oder einfach mit dem Smartphone über den QR Code.

<https://bericht.bb-thueringen.de>



Bürgschaften. für den Thüringer Mittelstand.

Kleine und mittelständische Unternehmen stehen oft vor großen Herausforderungen, wenn es um die Finanzierung ihrer Projekte geht. Die Bürgschaftsbank Thüringen unterstützt sie dabei seit 1991 als verlässlicher Partner der Wirtschaftsförderung.

Thüringen ist für seine lebendige und diverse Wirtschaftsstruktur bekannt. Gerade mittelständische Unternehmen aus den unterschiedlichsten Branchen haben sich in den letzten drei Jahrzehnten stabil entwickelt. Ein wichtiger Baustein dieses Erfolgs: die Bürgschaftsbank Thüringen. Von Anfang an hat sie dazu beigetragen, den Zugang zu Krediten und Finanzierungen zu sichern.

Bürgschaften und Garantien der Bank helfen, das Kreditrisiko für Banken zu minimieren. Dies eröffnet den Unternehmen die Möglichkeit, wichtige Finanzierungen für Gründungen, Wachstumsvorhaben oder Nachfolgeregelungen zu realisieren.

Ein entscheidender Vorteil von Bürgschaften liegt in der Bereitstellung von Sicherheiten, die das Vertrauen der Banken in die Kreditwürdigkeit der Unternehmen stärken. Häufig fehlt es kleinen und mittelständischen Betrieben an Vermögenswerten, die als Sicherheit dienen könnten. Hier setzt die Bürgschaft an: Sie ermöglicht den Unternehmen, diese Hürde zu überwinden und einen Kredit zu erhalten. Darüber hinaus können Bürgschaften auch zu günstigeren Kreditkonditionen führen, da die Banken ihr Risiko reduzieren. Das spart den Unternehmen bares Geld.

Ein weiterer Nutzen: Bürgschaften ermöglichen es den Unternehmen, ihre Pläne in die Tat umzusetzen. Ob es um die Entwicklung neuer Produkte, die Anschaffung von Maschinen oder die Modernisierung von Anlagen geht – oft ist zusätzliches Kapital notwendig. Dank der Bürgschaften können Unternehmen diese Investitionen stemmen und ihre Wachstumsziele erreichen.

Neben der finanziellen Absicherung bietet die Bürgschaftsbank Thüringen auch eine umfassende Beratung. Jedes Vorhaben wird individuell geprüft und bewertet. Die gesammelte Erfahrung aus knapp 35 Jahren ist dabei von unschätzbarem Wert – besonders für Start-ups, die noch am Anfang stehen. So erhalten auch junge Unternehmen die Chance, sich langfristig erfolgreich am Markt zu etablieren.

Zusammenfassend lässt sich sagen: Die Bürgschaftsbank Thüringen leistet einen wesentlichen Beitrag zur Stärkung der Wirtschaft in der Region. Ihre Programme fördern die Unternehmensentwicklung in allen Branchen und stärken die Wettbewerbsfähigkeit des Mittelstands. Bürgschaften verbessern den Zugang zu Kapital, sichern finanzielle Stabilität, ermöglichen Wachstum und unterstützen sinnvolle Geschäftsvorhaben. Für Unternehmen bedeutet das eine gesteigerte Wettbewerbsfähigkeit und nachhaltiger Erfolg.

Detaillierte Informationen zu den Programmen und Bedingungen finden Sie unter:

bb-thueringen.de/loesungen/buergschaftsprogramme/

Finanzierung Mittelstand. Bürgschaftsbank Thüringen.

Mit unseren Bürgschaften sichern wir Finanzierungen bei Banken und Sparkassen und erleichtern damit die Kreditvergabe für Unternehmen. Außerdem leisten wir einen kompetenten Beitrag zur Wirtschaftsförderung in Thüringen.

Im Geschäftsjahr 2023 haben wir folgende Erfolge zu verzeichnen:



Lagebericht

1. Darstellung des Geschäftsmodells

1.1. Grundlagen der Bank

Die Bürgschaftsbank Thüringen GmbH (BBT) ist eine Fördereinrichtung der Thüringer Wirtschaft, die sich zum Ziel gesetzt hat, vielversprechenden unternehmerischen Ideen des Thüringer Mittelstandes das notwendige Start- bzw. Erweiterungskapital zu verschaffen. Dazu übernimmt sie Bürgschaften gegenüber Banken, Sparkassen und Leasinggesellschaften sowie Garantien gegenüber privaten Kapitalbeteiligungsgesellschaften für den gewerblichen Mittelstand, Freiberufler und für Agrarunternehmen. Dabei orientiert sich die BBT als Förderinstitut sowohl an finanziellen Leistungsindikatoren, wie dem Neugeschäftsvolumen, das sich aus den genehmigten Bürgschaften und Garantien ergibt und dem Betriebsergebnis vor Bewertung, als auch an nichtfinanziellen Leistungsindikatoren, wie den mit den Bürgschaften und Garantien geschaffenen bzw. gesicherten Arbeitsplätzen, die im Genehmigungsverfahren entsprechend avisiert wurden.

1.2. Wirtschaftsbericht - Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) war im Jahr 2023 nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes (Destatis) um 0,3 % niedriger als im Vorjahr (Quelle: Statistisches Bundesamt; Pressemitteilung vom 15. Januar 2024).

Die deutsche Wirtschaft war im Jahresverlauf 2023 damit von einer leichten Rezession bei gleichzeitig hohen, wenn auch rückläufigen Inflationsraten geprägt. Ursächlich für diese Entwicklung waren vor allem die Nachwirkungen der massiven Kaufkraftverluste im Zuge der Energiepreiskrise, die den privaten Konsum geschwächt haben. Hinzu kommen die deutlich geringere Wachstumsdynamik der Weltwirtschaft sowie die dämpfenden Effekte der geopolitischen Spannungen und Krisen (Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz; Pressemitteilung vom 13. Dezember 2023).

Dabei verlief die Entwicklung in den einzelnen Wirtschaftsbereichen sehr unterschiedlich: Die Wirtschaftsleistung im Produzierenden Gewerbe (ohne Baugewerbe) ging insgesamt deutlich um 2,0 % zurück. Entscheidend dafür war eine sehr viel niedrigere Produktion im Bereich Energieversorgung. Das Verarbeitende Gewerbe, das fast 85 % des Produzierenden Gewerbes (ohne Bau) ausmacht, war im Jahr 2023 preisbereinigt ebenfalls im Minus (-0,4 %). Im Baugewerbe machten sich neben den weiterhin hohen Baukosten und dem Fachkräftemangel insbesondere die zunehmend schlechteren Finanzierungsbedingungen bemerkbar. Hiervon war vor allem der Hochbau betroffen. Dagegen konnte die Produktion im Tiefbau und im Ausbaugewerbe gesteigert werden. Insgesamt erreichte das Baugewerbe 2023 preisbereinigt ein kleines Plus von 0,2 %.

Die meisten Dienstleistungsbereiche konnten ihre wirtschaftlichen Aktivitäten im Vorjahresvergleich ausweiten und stützten die Wirtschaft im Jahr 2023. Den größten preisbereinigten Zuwachs verzeichnete der Bereich Information und Kommunikation mit +2,6 %. Der Bereich Öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit (+1,0 %) und die Unternehmensdienstleister (+0,3 %) konnten ebenfalls leicht zulegen. Dagegen ging die preisbereinigte Bruttowertschöpfung im zusammengefassten Wirtschaftsbereich Handel, Verkehr und Gastgewerbe (-1,0 %) zurück. (Quelle: Statistisches Bundesamt; Pressemitteilung vom 15. Januar 2024).

Die Verbraucherpreise in Deutschland haben sich im Jahresdurchschnitt 2023 um 5,9 % gegenüber 2022 erhöht. Wie das Statistische Bundesamt mitteilt, fiel die Inflationsrate für 2023 damit geringer aus als im Jahr zuvor. Sie hatte im Jahr 2022 noch bei 6,9 % gelegen. Die Preise für Nahrungsmittel erhöhten sich 2023 gegenüber 2022 besonders stark um 12,4 %. Bereits 2022 hatte die Preiserhöhung bei Nahrungsmitteln mit +13,4 % deutlich über der Gesamtteuerung gelegen. Im Jahresdurchschnitt 2023 waren fast alle Nahrungsmittelgruppen von Preiserhöhungen betroffen.

Die staatlichen Haushalte beendeten das Jahr 2023 nach vorläufigen Berechnungen mit einem Finanzierungsdefizit von 82,7 Milliarden Euro. Das waren etwa 14 Milliarden Euro weniger als im Jahr 2022 (96,9 Milliarden Euro).

Die Wirtschaftsleistung wurde im Jahr 2023 von durchschnittlich 45,9 Millionen Erwerbstätigen mit Arbeitsort in Deutschland erbracht. Das waren 0,7 % oder 333.000 Personen mehr als im Jahr zuvor und so viele wie noch nie in Deutschland.

Im Freistaat Thüringen ist das Bruttoinlandsprodukt (BIP) in 2023 um 0,6 Prozent gefallen. Damit liegt Thüringen wieder unter dem bundesdeutschen Durchschnitt. Die Zahl der Erwerbstätigen ist gegenüber dem Vorjahr um 0,1 % gesunken, 2023 hatten im Durchschnitt 1.023.900 Personen einen Arbeitsplatz in Thüringen (Quelle: Thüringer Landesamt für Statistik vom 24. Januar 2024).

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat 2023 in mehreren Schritten den Leitzins deutlich erhöht - zuletzt am 20.09.23 auf 4,5 %. Am 25. Januar 2024 hat die EZB beschlossen, den Leitzins unverändert zu belassen. Damit gilt weiterhin der im September 2023 für den Euroraum festgelegte Zinssatz, der derzeit so hoch liegt wie zuletzt zu Beginn der 2000er Jahre.

Die Wettbewerbssituation für die Bürgschaftsbank ist im Vergleich zum Vorjahr unverändert. Im Mittelstandskreditgeschäft besteht ein unverändert spürbarer Wettbewerb zwischen den Kreditinstituten, welcher erfahrungsgemäß auch oft über die Besicherung geführt wird. Insbesondere bei kleineren Kreditbeträgen wird im gewerblichen Kreditgeschäft zunehmend auf Sicherheiten verzichtet. Die Wettbewerbsprodukte der Thüringer Aufbaubank und der Kreditanstalt für Wiederaufbau grenzen sich grundsätzlich größtenteils durch unterschiedliche Größenklassen und Finanzierungssegmente ab.

1.3. Geschäftsverlauf der Bürgschaftsbank Thüringen GmbH

Ausgehend von einem geplanten Jahresergebnis in Höhe von T€ 108 und einem erwarteten Neugeschäftsvolumen von € 30 Mio. hat sich folgender Geschäftsverlauf für das Jahr 2023 ergeben:

Eingebettet in die zuvor aufgeführten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und der Anhebung des Bürgschaftshöchstbetrages auf € 2,0 Mio. durch die neuen Rückbürgschaftserklärungen konnte die Bank den Planwert im Neugeschäft deutlich übertreffen. Insgesamt betrug das genehmigte Volumen an Bürgschaften und Garantien € 45,8 Mio. (Vorjahr € 41,7 Mio.).

Insbesondere im Bereich Nachfolgefinauzierungen war eine unverändert starke Nachfrage der Unternehmer respektive der Hausbanken zu konstatieren.

Im Berichtsjahr wurden insgesamt 119 Bürgschaften bzw. Garantien übernommen, womit ein Investitionsvolumen von ca. € 82 Mio. ausgelöst und damit rund 280 neue Arbeitsplätze geschaffen bzw. ca. 1.880 Arbeitsplätze gesichert wurden.

Der Bestand an Bürgschaften und Garantien beläuft sich zum Jahresende 2023 auf € 256,2 Mio. und liegt damit etwa auf Vorjahresniveau (€ 257 Mio.). Insgesamt werden per Jahresultimo Bankkredite und Beteiligungen für 1.133 Unternehmen in Thüringen abgesichert.

Im Rahmen eines Geschäftsbesorgungsvertrages waren Mitarbeiter der Abteilung Beteiligungsgeschäft, der Abteilung Betriebsmanagement, des Geschäftsführungssekretariates und der Abteilung Rechnungswesen/Controlling für die mittelständische Beteiligungsgesellschaft Thüringen mbH tätig.

2. Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage

2.1. Ertragslage

Das Betriebsergebnis vor Bewertung und vor Steuern in Höhe von T€ 1.718 hat sich gegenüber dem Vorjahr (T€ 1.425) um 20,6 % erhöht, was hauptsächlich auf höhere Zinserträge (T€ +106), höhere Erträge aus der Geschäftsbesorgung der Mittelständischen Beteiligungsgesellschaft (T€ +38) und auf den Zinseffekt aus der Abzinsung der Einzelrückstellungen (T€ 191) zurückzuführen ist. Die Verwaltungsaufwendungen liegen deutlich unter der Planung (T€ 4.117) und bewegen sich zum Stichtag mit T€ 3.765 leicht über dem Vorjahresniveau (T€ 3.618). Die Planzahl für das Betriebsergebnis vor Bewertung (T€ 1.108) konnte trotz der nicht erfolgten Ausschüttung aus dem Spezialfonds (Plan T€ 300) deutlich übertroffen werden.

Der Zinsüberschuss beträgt T€ 334 (Vorjahr T€ 228). Auf eine ursprünglich angedachte Teilausschüttung aus dem bank-eigenen Spezialfonds wurde wie im Vorjahr verzichtet.

Die Erträge aus Bearbeitungsgebühren sowie Bürgschafts- und Garantiprovisionen beliefen sich im Jahr 2023 auf T€ 3.802 (Vorjahr T€ 3.759).

Aus der Geschäftsbesorgung der Mittelständischen Beteiligungsgesellschaft Thüringen mbH (MBGT) durch die Bank wurde im Geschäftsjahr ein Ertrag in Höhe von T€ 1.188 (Vorjahr T€ 1.150) erzielt.

Der Personalaufwand in Höhe von T€ 2.557 (Vorjahr T€ 2.499) hat sich aufgrund von Tarifierhöhungen erhöht. Im Geschäftsjahr 2023 waren neben der Geschäftsführung durchschnittlich 28 Mitarbeiter (Vorjahr 28, davon 7 Teilzeitkräfte und eine geringfügig Beschäftigte) angestellt.

Die Sachaufwendungen in Höhe von T€ 1.208 liegen über dem Niveau des Vorjahres (T€ 1.119), jedoch unter der Planzahl (T€ 1.510). Ursächlich hierfür sind deutlich geringere IT-Kosten als geplant.

Das Bewertungsergebnis aus dem Kreditgeschäft hat sich im Berichtsjahr mit T€ -1.200 erheblich verschlechtert (Vorjahr T€ 326). Die Pauschalwertberichtigung ermittelt sich unter Beachtung des IDW RS BFA 7 und beträgt T€ 1.080. Die erzielten Regresserlöse von T€ 164 liegen knapp unter dem Vorjahreswert (T€ 181).

Mit Einzel- und Pauschalwertrückstellungen von insgesamt T€ 12.881 (Vorjahr T€ 12.358) ist für die Risiken aus dem Kreditgeschäft ausreichend Risikovorsorge getroffen worden.

Für Wertpapiere des Anlagebestands erfolgen in Anwendung des gemilderten Niederstwertprinzips keine Abschreibungen. Alle Papiere werden grundsätzlich bis zur Endfälligkeit gehalten.

Für das Geschäftsjahr wird ein positives Jahresergebnis von T€ 1.014 (Vorjahr T€ 172) ausgewiesen, welches unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sowie der ursprünglichen Planzahl von T€ 108 als sehr zufriedenstellend eingeschätzt wird.

2.2. Vermögens- und Finanzlage

Die Vermögenslage der Bank ist durch die Bilanzsumme zuzüglich Eventualverbindlichkeiten und anderen Verpflichtungen in Höhe von € 298,0 Mio. (Vorjahr € 297,8 Mio.) gekennzeichnet. Die außerbilanziellen Verpflichtungen sind gegenüber dem Vorjahr um € 1,3 Mio. gesunken.

Die Bilanzsumme setzt sich auf der Aktivseite hauptsächlich aus den Forderungen an Kreditinstitute (€ 11,7 Mio.; Vorjahr € 13,1 Mio.), aus dem Spezialfonds (€ 24,2 Mio.; Vorjahr € 24,2 Mio.) und aus festverzinslichen Wertpapieren (€ 18,5 Mio.; Vorjahr € 15,5 Mio.) zusammen.

Die Forderungen an Kreditinstitute betreffen neben täglich fälligen Forderungen von € 1,8 Mio. (Vorjahr € 2,5 Mio.) vor allem Termingeldanlagen bei vier Kreditinstituten in Höhe von € 9,8 Mio., davon € 6,8 Mio. bei zwei Gesellschafterbanken (Vorjahr € 6,5 Mio.) mit Restlaufzeiten bis zu sieben Jahren.

Dem stehen auf der Passivseite hauptsächlich Verbindlichkeiten aus Rückstellungen mit € 14,3 Mio. (Vorjahr € 13,7 Mio.) und Eigenmittel von € 40,2 Mio. (Vorjahr € 39,2 Mio.) gegenüber.

Bei den Rückstellungen handelt es sich zum überwiegenden Teil um Vorsorgen für Inanspruchnahmen aus dem Bürgschafts- und Garantiegeschäft.

Die Eigenmittel der Bank werden sich nach Feststellung des Jahresabschlusses 2023 infolge Gewinnthesaurierung auf € 40,2 Mio. (Vorjahr € 39,2 Mio.) erhöhen und sind damit für die Risikotragfähigkeit der Bank sowie die Entwicklungsmöglichkeiten für die kommenden Jahre ausreichend bemessen.

Die Gesamtkapitalquote nach Artikel 92 CRR lag zum Stichtag bei 59,9 % und im Berichtsjahr jederzeit deutlich über der aufsichtsrechtlich geforderten Quote von 14 % (inklusive SREP-Zuschlag und Kapitalerhaltungspuffer gemäß § 10 c KWG).

Die Eventualverbindlichkeiten vor Absetzung von Einzel- und Pauschalrückstellungen (€ 256,2 Mio.; Vorjahr € 257,0 Mio.) bestehen für übernommene Bürgschaften und Garantien.

Die Finanzlage der Bank war in 2023 durch eine stets ausreichende Liquidität gekennzeichnet. Über das Geschäftsjahr hinweg werden ausreichend hohe und kurzfristig verfügbare Bankguthaben unterhalten. Die Vorschriften der Liquiditätsverordnung werden eingehalten. Die Zahlungsbereitschaft war und ist auch zukünftig jederzeit gewährleistet. zusammenfassend sieht die Geschäftsführung die Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft unverändert als geordnet an.

3. Risikobericht

3.1. Risikomanagementsystem

Die Bürgschaftsbank Thüringen hat als Wirtschaftsförderinstitut die Aufgabe, für kleine und mittlere Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft und für Angehörige der freien Berufe Hausbankkredite zu verbürgen bzw. Beteiligungen zu garantieren. Das Eingehen von Risiken für diese Finanzierungsvorhaben ist Grundlage des Geschäftsmodells einer Bürgschaftsbank und unabdingbar mit unserer Geschäftstätigkeit verbunden. Daneben bestehen weitere Risiken aus der Anlage liquider Mittel und aus sogenannten operationellen Risiken.

Grundlage für die Geschäftstätigkeit der Bank bildet die Geschäfts- und Risikostrategie. Ausgehend von einer Analyse der externen und internen Einflussfaktoren sowie der bestehenden Strukturen hat die Bank die Chancen und Risiken ihrer Geschäftstätigkeit analysiert. Darauf aufbauend wurden für die wesentlichen Geschäftsaktivitäten strategische Ziele festgelegt und Maßnahmen abgeleitet. Ferner erfolgen im Rahmen der Strategie eine Darstellung der wesentlichen Risiken der Bank sowie Erläuterungen zu den wesentlichen Maßnahmen zur Steuerung und Begrenzung dieser Risiken.

Der Risikomanagementprozess beinhaltet alle Aktivitäten zum systematischen Umgang mit Risiken. Für das Risikomanagement bestehen in der schriftlich fixierten Ordnung der Bank ausführliche Dokumente. Insbesondere im Risikohandbuch der Bank werden Ziele, Methoden, Verfahren, Instrumente, Verantwortlichkeiten etc. des Risikomanagements dargestellt. Die Bank hat Arbeitsabläufe installiert, die es ihr ermöglichen, Risiken frühzeitig zu erkennen, zu bewerten, abzumildern und einer ständigen Kontrolle zu unterwerfen.

3.2. Risikotragfähigkeit

In 2023 haben wir den „aufsichtsrechtlichen institutsinternen Prozess zur Sicherstellung der Risikotragfähigkeit“ (kurz: ICAAP) umgesetzt. Die Bank setzt dabei die aufsichtlich geforderten Perspektiven - normativ und ökonomisch - unter Berücksichtigung des Proportionalitätsprinzips angemessen um.

Ziel der normativen Perspektive ist die Einhaltung der regulatorischen und aufsichtlichen Kapitalanforderungen. Der Kapitalplanungsprozess ist Bestandteil der mittelfristigen Planung und stellt das Instrument zur Überprüfung der normativen Risikotragfähigkeit und damit der Nachhaltigkeit unseres Geschäftsmodells auf Basis der strategischen Ausrichtung dar.

Ziel in der ökonomischen Perspektive ist die langfristige Fortführung des Instituts auf Basis der eigenen Substanz und Ertragskraft sowie der Schutz der Gläubiger vor ökonomischen Verlusten. Die Risikomessung rückt den Marktwert bzw. wirtschaftlichen Wert des Instituts in den Fokus, sie ist zeitpunktbezogen und bezieht sich auf einen einjährigen Risikobetrachtungshorizont. Das Risikodeckungspotenzial wird quartalsweise aus den Eigenmitteln gemäß CRR sowie den stillen Reserven bzw. Lasten aus Eigenanlagen ermittelt.

Für die im Rahmen der Risikotragfähigkeit betrachteten Risiken werden durch die Geschäftsführung Limite festgelegt. Die Limitierung wird nur für das Standardszenario vorgenommen, da dieses zur Steuerung des laufenden Geschäftsbetriebes dient. Im Rahmen der Stresstests werden hingegen historische und hypothetische Extremszenarien betrachtet und deren Auswirkung auf die Risikotragfähigkeit untersucht. Die Risikotragfähigkeit ist gegeben, wenn die wesentlichen Risiken durch die Risikodeckungsmasse bzw. das Gesamtbank-Risikolimit gedeckt sind. Über die Ergebnisse der Berechnung der Risikotragfähigkeit werden die Geschäftsleitung und der Verwaltungsrat im vierteljährlichen Risikobericht ausführlich informiert.

Zusätzlich werden „Inverse Stresstests“ durchgeführt, bei denen Entwicklungen identifiziert werden, die die gesamte Risikodeckungsmasse aufzehren würden.

3.3. Risikoinventur/ Risikoarten

Grundlage für ein erfolgreiches Risikomanagement ist die systematische Erfassung und Analyse aller für die Bank wesentlichen Risiken. Im Rahmen der Durchführung der ganzheitlichen Risikoinventur werden alle auf die Bank einwirkenden Risiken betrachtet, auf Veränderungen untersucht und eine Risikobewertung vorgenommen. Im Ergebnis der im August 2023 stattgefundenen Risikoinventur hat die Bank für ihre Geschäftstätigkeit unverändert Adressenausfall- und Marktpreisrisiken sowie operationelle Risiken als wesentlich eingestuft.

3.3.1 Adressenausfallrisiko

Die Adressenausfallrisiken resultieren im Wesentlichen aus der Übernahme von Bürgschaften und Garantien sowie aus den Eigenanlagen.

Zur Begrenzung des Adressenausfallrisikos im Kreditgeschäft besteht bei Bürgschaften eine Obergrenze von € 2,0 Mio. und bei Garantien für Beteiligungen im Regelfall eine Obergrenze von T€ 1.050 pro Kreditnehmereinheit.

Im Bürgschafts- und Garantiegeschäft nutzen wir ein eigenes Ratingsystem (VDB-Rating - System der Bürgschaftsbanken). Neue Engagements und Engagementausweitungen sind grundsätzlich nur bis Rating-Klasse 7 des durch die Creditreform AG entwickelten 13-stufigen VDB-Ratingsystems möglich. Nur in begründeten Ausnahmefällen ist die Ratingklasse 8 zugelassen. Im Segment der Neugründungen ist in begründeten Fällen die Ratingklasse 9 zugelassen. Die Kreditvergabe erfolgt dabei stets im Rahmen einer Einzelfallentscheidung unter Berücksichtigung der Bonität, Kreditwürdigkeit und Zukunftsaussichten der Kreditnehmer auf Basis der internen Arbeitsanweisungen zur Kreditprüfung.

Die Überwachung der Adressenausfallrisiken erfolgt im Kreditgeschäft vor allem durch eine regelmäßige Überprüfung des Ratings. Dabei werden alle Engagements mit einem Eigenobligo ab T€ 75 jährlich mit Hilfe des VDB-Ratingsystems beurteilt. Engagements unterhalb der Grenze von T€ 75 werden einmal jährlich einem Retailrating unterzogen. Das Retailrating basiert auf Score-Werten der Creditreform Rating AG, welche durch das VDB-Rating zu einem eigenständigen Rating innerhalb des VDB-Ratingsystems verarbeitet werden. Bestandsengagements mit akuten Ausfallrisiken werden in die Abteilung Forderungsmanagement übergeben und dort gesondert überwacht. Adressenausfallrisiken der Bürgschaftsbank im Bürgschafts- und Garantiegeschäft werden durch Einzel- und Pauschalwertrückstellungen in ausreichendem Umfang abgeschirmt.

Unter dem Aspekt der für alle mittelständischen Unternehmen und Angehörige der Freien Berufe jederzeit zugänglichen Förderbank verzichtet die BBT auf eine über die oben beschriebene Limitierung der Adressenausfallrisiken hinausgehende Steuerung nach Branchenschwerpunkten, geografischer Streuung oder Größenklassen. Signifikante Branchenrisiken bestanden aufgrund des breit diversifizierten Kreditgeschäftes der BBT bisher nicht.

Grundlage für die Ermittlung der potenziellen Adressenausfallrisiken für das Bürgschafts- und Garantiegeschäft sind portfoliobezogene Ausfallwahrscheinlichkeiten und Zuführungen zu Einzelrückstellungen der Vorjahre sowie die aus den Vorjahresdaten ermittelten Anpassungsfaktoren für die Ausfallwahrscheinlichkeiten des VDB-Ratings. Aus der Multiplikation von modifizierter Ausfallwahrscheinlichkeit je Ratingklasse und dem Eigenobligo ergibt sich der erwartete Verlust.

Zur Minimierung der Adressenausfallrisiken bei den Eigenanlagen sind Festlegungen in der Anlagestrategie der Bank getroffen worden. Geld- und Kapitalmarktgeschäfte dürfen ausschließlich im „Investment-Grade“ Bereich (Moody's bis Baa 3, Standard & Poors bis BBB-) getätigt werden. Anlagen in Tages- und Termingelder bzw. in Wertpapiere dürfen nur im Rahmen der durch die Geschäftsführung festgelegten Emittenten- und Kontrahentenlimite erfolgen. Den erwarteten Verlust aus den Adressenausfallrisiken im Anlagegeschäft ermittelt die Bank im Standardszenario anhand der durch externe Ratings ermittelten Ausfallwahrscheinlichkeiten.

Zur Bestimmung des unerwarteten Verlustes aus den Adressenausfallrisiken im Bürgschafts- und Garantiegeschäft sowie aus den Eigenanlagen greift die Bank auf die Methodik des Gordy-Modells zurück. Hierbei handelt es sich um ein Einfaktormodell, das unter der Annahme einer Normalverteilung des makroökonomischen Faktors einen unerwarteten Verlust berechnet. Um die Portfolioeigenschaften abbilden zu können, erfolgt eine Granularitätsanpassung mittels Herfindahl-Hirschmann-Index sowie eine Laufzeitanpassung bei der Risikomessung der Eigenanlagen.

Der so ermittelte erwartete und unerwartete Verlust fließt unter Berücksichtigung einer aus historischen Daten ermittelten Erlösquote als Risiko in die Risikoszenarien ein.

Es werden sowohl die Adressen aus dem Bürgschafts- und Garantiegeschäft als auch die Adressen im Anlagegeschäft historischen und hypothetischen Stresstests mit deutlich verschärften Parametern und Ausfallsimulationen unterzogen. Das Gesamtlimit für alle Adressenausfallrisiken im Standardszenario beträgt zum Bilanzstichtag T€ 6.750 und ist mit T€ 5.356 zu 79,3 % ausgelastet.

3.3.2 Marktpreisrisiken

Marktpreisrisiken bestehen für die Bank grundsätzlich von den von ihr getätigten Anlagen im Eigenbestand und im Spezialfonds. Dabei ist sichergestellt, dass Eigenhandelsgeschäfte nur im Rahmen klar definierter Rahmenbedingungen und Kompetenzregelungen getätigt werden. Für den Fonds besteht eine separate Anlagestrategie einschließlich Limitvorgaben („Anlagerichtlinien“), die regelmäßig überprüft und mit dem Fondsmanagement abgestimmt werden. Für die Ermittlung der Risiken der im Spezialfonds vorhandenen Anlagen wird eine Durchschau vorgenommen.

Da die im Bankportfolio befindlichen festverzinslichen Wertpapiere in der Regel bis zur Endfälligkeit gehalten werden, bestehen „echte“ Marktpreisrisiken hauptsächlich in den im Spezialfonds enthaltenen volatilen Aktienbeständen. Potenzielle Verlustrisiken aus Zins-, Spread- und Kursänderungen werden mindestens vierteljährlich analysiert. Zur Messung des Marktpreisrisikos aus Eigenanlagen ermitteln wir einen Value at Risk mit Hilfe einer historischen Simulation und Szenario abhängigen Barwertveränderungen. Die Risikomessung erfolgt im Standardszenario rollierend mit einer Haltedauer von 250 Tagen (12 Monaten) und einem Konfidenzniveau von 99,9 Prozent. Darüber hinaus werden die Anlagen historischen und hypothetischen Stresstests unterzogen.

Das Limit für die Marktpreisrisiken im Standardszenario beträgt zum Bilanzstichtag T€ 8.000 und ist mit T€ 6.718 zu 84,0 % ausgelastet.

3.3.3 Operationelle Risiken

Zur Identifizierung operationeller Risiken führt die Bank jährlich ein Self-Assessment durch. Die ermittelten Risiken werden im Rahmen dieser Risikopotenzialanalyse hinsichtlich ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit und den bei Risikoeintritt zu erwartenden Schäden analysiert.

Zur Erfassung der operationellen Risiken, das heißt die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren und Systemen, Menschen oder infolge externer Ereignisse eintreten, nutzt die Bank eine Schadensfalldatenbank, in welcher alle Schadensfälle ab einer Bruttoschadenshöhe von T€ 5 erfasst, analysiert und gegebenenfalls Steuerungsmaßnahmen ergriffen werden. Anzahl und Umfang der bisher registrierten Schadensfälle sind sehr gering.

Im Rahmen der Risikotragfähigkeit wurde für die operationellen Risiken im Standardszenario ein Risikowert von T€ 395 (Vorjahr T€ 475) ermittelt (Limit T€ 500). Bei der Methodik zur Berücksichtigung der operationellen Risiken handelt es sich um einen vereinfachten und entsprechend der Risikopolitik der BBT sehr konservativ geprägten Ansatz.

3.3.4 Liquiditätsrisiken

Da die eingegangenen Bürgschafts- und Garantiegeschäfte der Bank Eventualverbindlichkeiten sind, die grundsätzlich keine Liquidität oder Refinanzierung benötigen, wird das Liquiditätsrisiko als nicht wesentlich für die BBT eingeschätzt und daher nicht in die Risikotragfähigkeitsberechnung einbezogen. Eine angemessene Berücksichtigung in den Risikoccontrolling- und Steuerungsprozessen der Bank ist gewährleistet.

Dem Risiko unerwarteter Liquiditätsabflüsse durch erhöhte Bürgschafts- bzw. Garantieinanspruchnahmen wird dadurch Rechnung getragen, dass jederzeit eine freie Mindestliquidität in Höhe von € 1 Mio. in Form von Sichtguthaben bzw. Tagesgeldern vorzuhalten ist. Darüber hinaus erstellt die Bank vierteljährlich eine detaillierte Liquiditätsplanung inklusive Stresstest auf monatlicher Basis für einen rollierenden Betrachtungszeitraum über 12 Monate. Im Rahmen der rollierenden Liquiditätsplanung wird im Stressszenario der Abfluss von liquiden Mitteln aufgrund verdoppelter Ausfallzahlungen simuliert.

Der Bestand an liquiden Mitteln betrug zum Bilanzstichtag € 1,8 Mio. Als Liquiditätsreserve wurden zudem der Spezialfonds über€ 24,8 Mio. (Buchwert) und acht Wertpapiere über nom. € 12,3 Mio. definiert.

3.3.5 Sonstige Risiken

Den Mindestanforderungen an das Risikomanagement entsprechend analysieren wir weitere Risikoarten. Die Wesentlichkeit dieser Risiken wird von uns regelmäßig im Rahmen der Risikoinventur überprüft. Nachhaltigkeitsrisiken werden dabei nicht als eigene Risikokategorie verstanden, sondern können Einfluss auf alle zuvor skizzierten Risiken haben. Insbesondere transitorische Risikotreiber wie Technologiefortschritt, veränderte Verbraucherpräferenzen und Klimapolitik können sich bei den Portfoliounternehmen bzw. Emittenten negativ auswirken. Physische Risikotreiber wie extreme Wetterereignisse oder allmähliche Klimaveränderung können ebenfalls eine Rolle spielen. Diese Entwicklungen werden überwacht und fließen in die strategische Ausrichtung der Bank mit ein. Wir stufen aktuell alle sonstigen Risiken als aufsichtsrechtlich unwesentlich ein.

3.4. Zusammenfassung

Die von der Bank verwendeten Verfahren zur Messung und Steuerung der Risiken sind angemessen auf den Geschäftsbetrieb der Bank sowie auf die Art und die Komplexität der Geschäfte der Bank ausgerichtet. Die Risikotragfähigkeit war im abgelaufenen Geschäftsjahr jederzeit gegeben. Die Berechnung der Risikotragfähigkeit ergab zum Bilanzstichtag eine Auslastung des Gesamtbanklimits von T€ 15.500 im Standardszenario mit 80,4 %.

Die Risikotragfähigkeit ist angesichts der laufenden Ertragskraft und der unveränderten Vermögens-/Substanzsituation der Bank weiterhin gegeben.

4. Chancen- und Prognosebericht

Das im Vorjahr im Prognosebericht erwartete Neugeschäft für 2023 (€ 30 Mio.) konnte mit € 45,7 Mio. deutlich übertroffen werden. Durch vorzeitige Rückgaben, Sondertilgungen und Ausfälle erhöhte sich der Bürgschafts- und Garantiestand (€ 256,2 Mio.) jedoch nicht im gleichen Maße (Plan € 252,3 Mio.). Die prognostizierten Zahlen bei den Provisionserträgen (T€ 3.540) konnten mit T€ 3.802 dagegen deutlich übertroffen werden.

Es besteht weiterhin eine hohe Unsicherheit in Bezug auf die volkswirtschaftliche Entwicklung aufgrund diverser Umfeldbedingungen wie dem Russland-Ukraine-Krieg, hoher Energiepreise, dem Fachkräftemangel und der Lieferkettenprobleme. Aufgrund von für die mittelständische Wirtschaft nachteiligen wirtschaftspolitischen Entscheidungen sowie fehlenden Reformen wächst die Unsicherheit über die zukünftige Fiskal- und Klimaschutzpolitik und deren Auswirkungen auf unternehmerisches Handeln. Gemäß Prognose der Bundesregierung vom 21.02.2024 wird für das laufende Jahr aufgrund der verschiedenen internationalen Krisen weiterhin mit einer Stagnation der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland gerechnet. Dies führt erfahrungsgemäß auch zu einem Rückgang der Kreditnachfrage.

Schon immer wurde dem Aspekt eines nachhaltigen Geschäftsmodells bei der Kreditvergabe große Beachtung in der Bank geschenkt. Bei Bürgschaften und Garantien werden ESG - Kriterien aus den Bereichen Umwelt (Environmental), Soziales (Social) und verantwortungsvolle Unternehmensführung (Governance) berücksichtigt. Sie dürften neben den betriebswirtschaftlichen Aspekten zukünftig eine größere Rolle spielen und neben zusätzlichem administrativen Aufwand auch neue Geschäftsmöglichkeiten eröffnen. Dies vorausgeschickt gehen wir für 2024 von einem Neugeschäft von € 40 Mio. aus. Der Bestand an Bürgschaften und Garantien wird sich voraussichtlich reduzieren (Plan € 244,4 Mio.). Das Zinsergebnis wird sich aufgrund der gestiegenen Zinsen weiter erhöhen.

Es wird in 2024 von sinkenden Provisionserträgen aus dem Bürgschafts- und Garantieschäft (T€ -102), einem leicht steigenden Geschäftsbesorgungsentgelt der MBGT (T€ +18) sowie von höheren Zinserträgen (T€ +416) ausgegangen. Wie in den Vorjahren wurde für 2024 zunächst eine Teilausschüttung aus dem Spezialfonds eingeplant. Die Personalkosten werden sich voraussichtlich nur leicht (T€ +23) erhöhen. Bei den Sachkosten wird mit einem deutlichen Anstieg (T€ +622) gerechnet. Grund hierfür sind stark steigende IT Kosten aufgrund gemeinsam geplanter Projekte der Bürgschaftsbanken.

Für 2024 wird ein Betriebsergebnis vor Bewertung in Höhe von T€ 1.155 erwartet, welches deutlich unter dem Betriebsergebnis für 2023 liegt (T€ 1.718). Für das Bewertungsergebnis aus dem Kreditgeschäft (Plan T€ -1.250) wird eingeschätzt, dass sich dieses weiterhin über dem durchschnittlichen Niveau der Vor-Krisen-Zeit bewegen wird. Für Wertpapiere der Liquiditätsreserve werden aufgrund von Kurserholungen Zuschreibungen von rd. T€ 200 erwartet. Für das Geschäftsjahr 2024 wird mit einem positiven Ergebnis von rd. T€ 105 (Vorjahr T€ 1.014) gerechnet.

Wesentliche Risiken für die Geschäftsentwicklung der BBT werden derzeit nicht gesehen.

Auch für die Bürgschaftsbank sind die aufsichtlichen Anforderungen an das Eigenkapital von erheblicher Bedeutung. Die Eigenkapitalausstattung der Bank ist für diese sowie die eigenen Anforderungen ausreichend bemessen.

Durch die Rückbürgschafts-/Rückgarantieerklärungen von Bund und Land für den Zeitraum vom 01.01.2023 bis 31.12.2027 sowie die verbesserte De-minimis-Verordnung der EU ab 01.01.2024 sind die Grundlagen für unsere Förderfähigkeit weiterhin gegeben.

Die Bürgschaftsbank Thüringen unterstützt auch in Zukunft kleine und mittlere Unternehmen sowie Angehörige der freien Berufe bei der Finanzierung erfolversprechender Vorhaben und leistet so ihren Beitrag zur wirtschaftlichen Stärkung Thüringens.

Erfurt, 25. März 2024

Bürgschaftsbank Thüringen GmbH

Michael Burchardt

Stefan Schneider

Bilanz

zum 31. Dezember 2023

Aktiva

	EUR	31.12.2023 EUR	31.12.2022 EUR
1. Barreserve		762,88	762,88
a) Kassenbestand			
2. Forderungen an Kreditinstitute			
a) täglich fällig	1.781.873,46		2.524.007,91
b) andere Forderungen	9.917.941,94	11.699.815,40	10.563.572,50
3. Forderungen an Kunden		203.858,52	168.291,99
4. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere			
a) Anleihen und Schuldverschreibungen			
aa) von öffentlichen Emittenten	0,00		0,00
ab) von anderen Emittenten	18.497.202,16	18.497.202,16	15.494.042,16
darunter:			
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank EUR (3.228 694,86) (Vorjahr EUR 5.006.008,22)			
5. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		24.171.131,88	24.171.131,88
6. Beteiligungen		56.629,19	56.629,19
7. Immaterielle Anlagewerte			
a) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		3.133,34	9.835,95
8. Sachanlagen		16.105,65	21.376,69
9. Sonstige Vermögensgegenstände		26.441,03	206.250,62
Summe der Aktiva		54.675.244,91	53.215.901,77

Passiva

		31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR	EUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		0,00	0,00
a) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist			
2. Sonstige Verbindlichkeiten		176.704,51	269.954,23
3. Rechnungsabgrenzungsposten		3.596,28	5.031,25
4. Rückstellungen			
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	1.042.690,00		1.008.091,00
b) andere Rückstellungen	13.242.239,44	14.284.929,44	12.736.477,93
5. Fonds für allgemeine Bankrisiken		11.500.000,00	11.500.000,00
6. Eigenkapital			
a) Gezeichnetes Kapital	12.946.300,00		12.946.300,00
b) Gewinnrücklagen			
ba) satzungsmäßige Rücklagen	15.763.714,68		14.750.047,36
c) Bilanzgewinn	0,00	28.710.014,68	0,00
Summe der Passiva		54.675.244,91	53.215.901,77
1. Eventualverbindlichkeiten			
Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen		228.332.867,38	223.021.045,71
2. Andere Verpflichtungen			
unwiderrufliche Kreditzusagen		14.981.217,87	21.594.714,36

Gewinn- und Verlustrechnung

01. Januar bis 31. Dezember 2023

AUFWENDUNGEN	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR
1. Zinsaufwendungen	0,00	0,00
2. Provisionsaufwendungen	15.011,88	13.982,78
3. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen		
aa) Löhne und Gehälter	2.064.583,11	2.018.068,59
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung darunter: für Altersversorgung EUR 136.851,19 (Vorjahr EUR 129.663,39)	492.228,62	480.785,11
b) andere Verwaltungsaufwendungen	1.208.208,09	1.119.393,10
	3.765.019,82	3.618.246,80
4. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen	19.193,21	22.625,24
5. Sonstige betriebliche Aufwendungen	102.733,61	152.604,97
6. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft	703.779,48	1.249.570,49
7. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere	0,00	90.527,00
8. Sonstige Steuern, soweit nicht unter sonstigen betrieblichen Aufwendungen ausgewiesen	868,00	3.680,47
9. Jahresüberschuss	1.013.667,32	171.990,21
Summe der Aufwendungen	5.620.273,32	5.232.700,96
1. Jahresüberschuss	1.013.667,32	171.990,21
2. Einstellungen in satzungsmäßige Rücklagen	1.013.667,32	-171.990,21
3. Bilanzgewinn	0,00	0,00

ERTRÄGE		31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR	EUR
1. Zinserträge aus			
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	224.722,67		74.974,29
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	109.322,00	334.044,67	152.970,22
2. Provisionserträge		3.802.387,49	3.758.964,70
3. Sonstige betriebliche Erträge		1.483.841,16	1.245.791,75
Summe der Erträge		5.620.273,32	5.232.700,96

Anhang

I. Allgemeine Angaben und Erläuterungen

Die Bürgschaftsbank Thüringen GmbH (BBT) hat ihren Sitz in Erfurt und ist eingetragen in das Handelsregister beim Amtsgericht Jena (HRB 102250).

Die BBT gehört zu den Kreditinstituten, die Bankgeschäfte gemäß § 1 Abs. 1 Satz 2 Nr. 8 KWG betreiben.

Die Erstellung des Jahresabschlusses erfolgte unter Beachtung der allgemeinen Rechnungslegungsvorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und der besonderen Vorschriften des HGB für Kreditinstitute (§§ 340 ff. HGB) sowie der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV). Für die Darstellung der Gewinn- und Verlustrechnung wurde die Kontoform gewählt.

II. Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Die Barreserve ist mit dem Nennwert angesetzt.

Die Forderungen an Kreditinstitute und an Kunden sind mit dem Nennwert angesetzt.

Der Posten „Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere“ beinhaltet sowohl Wertpapiere, die der Liquiditätsreserve zugeordnet sind als auch Wertpapiere, die dem Anlagebestand zugeordnet sind. Die Wertpapiere des Anlagevermögens werden erstmals nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet. Eine dauerhafte Wertminderung bei einzelnen Wertpapieren war nicht zu verzeichnen. Zu den dadurch vermiedenen Abschreibungen verweisen wir auf die Erläuterungen unter Abschnitt III. Die Wertpapiere der Liquiditätsreserve werden zum Stichtag mit ihrem beizulegenden Zeitwert bewertet.

Der Posten „Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere“ beinhaltet den Spezialfonds, der der Liquiditätsreserve zugeordnet ist und wie Umlaufvermögen behandelt wird. Er ist zu Anschaffungskosten angesetzt und nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Dabei werden die von der Depotbank bzw. Kapitalanlagegesellschaft zur Verfügung gestellten Bewertungen bzw. Anteilswerte des Investmentfonds zum Bilanzstichtag herangezogen.

Die Bewertung der Beteiligungen erfolgt zu Anschaffungskosten.

Die immateriellen Anlagewerte und Sachanlagen sind zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, aktiviert. Die Abschreibungen werden linear über die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer, die sich an den von der Finanzverwaltung veröffentlichten Abschreibungstabellen orientiert, vorgenommen. Die im Geschäftsjahr zugegangenen Sachanlagen wurden pro rata temporis abgeschrieben.

Geringwertige Wirtschaftsgüter mit Anschaffungskosten bis 800 € netto werden im Zugangsjahr voll abgeschrieben.

Die in den sonstigen Vermögensgegenständen enthaltenen Forderungen sind zum Nennwert angesetzt.

Die Verbindlichkeiten sind mit dem jeweiligen Erfüllungsbetrag passiviert.

Die Rückstellungen tragen allen erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen Rechnung und sind nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung ausreichend bemessen.

Den Pensionsrückstellungen liegen versicherungsmathematische Berechnungen auf Basis der „Richttafeln 2018 G“ (Prof. Dr. Klaus Heubeck) zugrunde. Die Verpflichtungen werden mittels Anwartschaftsbarwertverfahren (Projected Unit Credit Method) angesetzt. Der bei der Abzinsung der Pensionsrückstellungen angewendete Zinssatz von 1,82 % wurde unter Inanspruchnahme der Vereinfachungsregel nach § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren festgelegt. Bei der Bewertung werden Trendannahmen für die relevanten Größen, die sich auf die Leistungshöhe auswirken, berücksichtigt. So wurde für den Rententrend 2,5 % p.a. berücksichtigt.

Allen erkennbaren Risiken aus dem Bürgschafts- und Garantiegeschäft wird durch die Bildung von Einzelrückstellungen ausreichend Rechnung getragen. Im Berichtsjahr wurden Einzelrückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr gemäß § 253 Abs. 2 Satz 1 HGB mit dem ihrer durchschnittlichen Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre abgezinst. Der sich aus der Veränderung zum Vorjahr ergebende Zinsbetrag wurde abweichend vom Vorjahr (Ausweis unter Zinsertrag) unter den sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesen.

Das latente Risiko aus dem Bürgschafts- und Garantiegeschäft wird durch Pauschalrückstellungen abgedeckt. Die Ermittlung der Pauschalwertberichtigungen für die latenten Kreditrisiken erfolgte gemäß IDW RS BFA 7 auf Basis unserer internen Risikosteuerung unter Verwendung des Ratingsystems und der ermittelten Ein-Jahres-Ausfallwahrscheinlichkeiten und der Eigenrisiken im Kreditbestand.

Der Fonds für allgemeine Bankrisiken wurde nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung zur Sicherung gegen die besonderen Risiken des Geschäftszweigs der Kreditinstitute gebildet.

Das Eigenkapital ist mit dem Nennbetrag angesetzt.

Unter den Eventualverbindlichkeiten werden Verpflichtungen aus Bürgschaften und Garantien mit den valutierenden Beträgen abzüglich gebildeter Einzel- und Pauschalrückstellungen zum Bilanzstichtag ausgewiesen.

Unter den anderen Verpflichtungen werden Verpflichtungen aus unwiderruflichen Bürgschafts- und Garantiezusagen ausgewiesen.

Der Jahresabschluss wurde unter Berücksichtigung der vollständigen Verwendung des Jahresergebnisses aufgestellt.

III. Erläuterungen zur Bilanz

Aktiva

Von den Forderungen an Kreditinstitute (T€ 11.700; Vorjahr T€ 13.088) bestehen T€ 8.627 an Banken, die Gesellschaftsanteile an der BBT halten. Bei den Schuldnern handelt es sich um inländische Kreditinstitute.

Die täglich fälligen Forderungen an Kreditinstitute (T€ 1.782; Vorjahr T€ 2.524) enthalten Sichteinlagen und Tagesgelder.

Die anderen Forderungen an Kreditinstitute (T€ 9.918; Vorjahr T€ 10.564) beinhalten Festgeldanlagen einschließlich der abgegrenzten Zinsen. Die Restlaufzeiten gliedern sich wie folgt auf:

	bis 3 Monate T€	mehr als 3 Monate bis ein 1 Jahr T€	mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre T€	mehr als 5 Jahre T€
Andere Forderungen an Kreditinstitute	1.000	2.800	5.000	1.000
(Vorjahr)	(3.000)	(1.500)	(5.000)	(1.000)

Anteilige Zinsen (T€ 118), die erst nach dem Bilanzstichtag fällig werden, wurden nicht nach den Restlaufzeiten gegliedert.

Die Forderungen an Kunden (T€ 204; Vorjahr T€ 168) betreffen mit T€ 96 Forderungen an die Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Thüringen mbH aus Weiterberechnungen bzw. der Abrechnung für die Geschäftsbesorgung und mit T€ 108 Forderungen aus Provisionen und Bearbeitungsgebühren an Bürgschafts- und Garantiennehmer; alle Forderungen haben eine Laufzeit unter drei Monaten.

Unter Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren (T€ 18.497; Vorjahr T€ 15.494) werden 15 Inhaberschuldverschreibungen und 1 Hypothekendarlehen von inländischen Kreditinstituten einschließlich abgegrenzter Zinsen ausgewiesen. Alle Wertpapiere sind börsenfähig. Ein Wertpapier über nom. T€ 1.500 ist börsennotiert. Acht Wertpapiere dienen als Liquiditätsreserve; für diese wurden zum Bilanzstichtag Zuschreibungen in Höhe von T€ 496 vorgenommen. Acht Wertpapiere sind dem Anlagebestand zugeordnet; bei einem Buchwert in Höhe von T€ 7.368 und einem beizulegenden Zeitwert von T€ 6.713 wird unter Anwendung des gemilderten Niederstwertprinzips auf Abschreibungen in Höhe von T€ 655 verzichtet, da sich die Bonität der Emittenten nicht verschlechtert hat und die Wertminderung zum Bilanzstichtag ausschließlich zinsinduziert ist. Wir beabsichtigen die Wertpapiere grundsätzlich bis zur Endfälligkeit zu halten. In 2023 waren keine Wertpapiere endfällig, in 2024 sind zwei Wertpapiere über nom. T€ 3.000 fällig.

Die Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere (T€ 24.171; Vorjahr T€ 24.171) betreffen ausschließlich den für die BBT aufgelegten und durch die Universal-Investment-Gesellschaft mbH verwalteten Spezialfonds, der der Liquiditätsreserve zugeordnet ist. Der Anlageschwerpunkt des Spezialfonds liegt auf festverzinslichen Wertpapieren (Rentenpapiere) von bonitätsseitig einwandfreien Emittenten (überwiegend Bund bzw. deutsche Bundesländer und Pfandbriefe deutscher Banken). Gemäß den vorgegebenen Anlagerichtlinien dürfen Aktien (nur DAX- und MDAX-Werte) bis max. 30 % - unter Hinzurechnung der Unternehmensanleihen max. 40 % des Fondsvolumens zur Nutzung von besseren Renditechancen beigemischt werden. Eine Ausschüttung für den Fonds wurde analog den Vorjahren in 2023 nicht vorgenommen. Der Wert des Spezialfonds betrug zum 31. Dezember 2023 T€ 35.118; die Kurswertreserven betragen zum Bilanzstichtag T€ 10.276 (Vorjahr: T€ 7.480). Die Rückgabe von Fondsanteilen unterliegt keinen Beschränkungen. Die Fondsanteile des BBT-Universal-Fonds sind nicht börsenfähig.

Die Beteiligungen (T€ 57; Vorjahr 57) sind unverändert. Die BBT hält an der Mittelständischen Beteiligungsgesellschaft Thüringen mbH (MBGT) mit Sitz in Erfurt einen Anteil von T€ 51, dies entspricht einem Anteilsbesitz von 0,51 %. Die MBGT wird vollumfänglich durch die BBT geschäftsbesorgt. Das Eigenkapital der MBGT beträgt zum 31.12.2023 T€ 30.019, das Jahresergebnis 2023 T€ 883. Die BBT hält zudem einen Anteil von T€ 6 an der Bundeskreditgarantiegemeinschaft des Handwerks GmbH (BKGG) mit Sitz in Berlin, dies entspricht einem Anteilsbesitz von 1,66 %. Die Beteiligung an der BKGG dient vordergründig zur Erfüllung der Aufgaben einer Bürgschaftsbank (Fördergedanke) und damit einem langfristigen strategischen Zweck.

Bei den Immateriellen Anlagewerten (T€ 3; Vorjahr T€ 10) handelt es sich um entgeltlich erworbene Software.

Unter den Sachanlagen (T€ 16; Vorjahr T€ 21) werden Gegenstände der Betriebs- und Geschäftsausstattung und Hardwarekomponenten ausgewiesen.

Die Entwicklung des Anlagevermögens im Berichtsjahr ist aus dem Anlagespiegel (Anlage zum Anhang) ersichtlich.

Die sonstigen Vermögensgegenstände (T€ 26; Vorjahr T€ 206) beinhalten Forderungen an das Finanzamt aus Umsatzsteuer.

Passiva

Die sonstigen Verbindlichkeiten (T€ 177; Vorjahr T€ 270) enthalten im Wesentlichen eingegangene Regresszahlungen zur Weiterleitung an die Rückbürgen (T€ 39), Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen mit Restlaufzeiten bis zu drei Monaten (T€ 91), Verbindlichkeiten aus Lohn- und Kirchensteuer, Solidaritätszuschlag sowie aus Altersversorgung (T€ 35).

Den Pensionsrückstellungen (T€ 1.043; Vorjahr T€ 1.008) liegen individuelle Einzelverträge zugrunde. Der bei der Abzinsung der Pensionsrückstellungen angewandte Zinssatz von 1,82 % wurde unter Inanspruchnahme der Vereinfachungsregel nach § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen zehn Jahre (im Vorjahr 1,78) festgelegt. Die Differenz zum Erfüllungsbetrag, die sich unter Anwendung des durchschnittlichen Marktzinses der vergangenen sieben Geschäftsjahre von 1,74 % ergibt, beträgt T€ 9 und unterliegt einer Ausschüttungssperre.

Die anderen Rückstellungen (T€ 13.242; Vorjahr T€ 12.736) betreffen mit T€ 12.881 hauptsächlich Einzel- und Pauschalrückstellungen für die Risikovorsorge bei Bürgschaften und Garantien. Darüber hinaus bestehen Rückstellungen für Personalvergütungen, für Kosten für die Jahresabschlussprüfung, für Beiträge zur Berufsgenossenschaft, für Betriebsjubiläen, für ausstehende Rechnungen sowie für Archivierungskosten.

Der Fonds für allgemeine Bankrisiken beträgt unverändert T€ 11.500 (Vorjahr T€ 11.500).

Das Stammkapital beträgt per 31. Dezember 2023 € 12,9 Mio.; es ist voll eingezahlt. Der für das Geschäftsjahr 2023 ausgewiesene Jahresüberschuss von T€ 1.014 wurde gemäß Gesellschaftsvertrag in die satzungsmäßige Rücklage eingestellt und erhöht diese auf T€ 15.764.

Angaben unter dem Bilanzstrich

Die unter dem Bilanzstrich ausgewiesenen Haftungsverhältnisse betreffen Bürgschafts- und Garantieübernahmen für kleine und mittlere Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft und für Angehörige der freien Berufe. Die Risiken wurden im Zuge von Einzelbewertungen der Bonität dieser Kunden beurteilt. Die ausgewiesenen Beträge zeigen nicht die zukünftig aus diesen Verträgen zu erwartenden tatsächlichen Zahlungsströme, da die überwiegende Anzahl der Eventualverbindlichkeiten und anderen Verpflichtungen nach unserer Einschätzung ohne Inanspruchnahme auslaufen wird.

Bei den ausgewiesenen Eventualverbindlichkeiten handelt es sich um die im Rahmen des Gesellschaftszweckes übernommenen Kreditbürgschaften und Garantien. Für die Eventualverbindlichkeiten und unwiderruflichen Kreditzusagen bestehen Rückbürgschaften und Rückgarantien des Bundes und des Freistaates Thüringen.

Der Gesamtbetrag der am Bilanzstichtag ausgewiesenen Eventualverbindlichkeiten beträgt nach Abzug der Einzel- und Pauschalrückstellungen T€ 228.333 (Vorjahr T€ 223.021); dafür bestehen Rückbürgschaften und -garantien des Bundes und des Freistaates Thüringen in Höhe von T€ 181.743 (Vorjahr T€ 185.511).

Die unwiderruflichen Kreditzusagen (T€ 14.981; Vorjahr T€ 21.595) beinhalten zum Bilanzstichtag nicht valutierende Bürgschaften und Garantien, für die die Urkunden bereits herausgelegt wurden, für die aber von den Hausbanken noch keine Vertragsabschlussbestätigung abgegeben wurde. Für die Bürgschaften und Garantien bestehen Rückbürgschaften und -garantien des Bundes und des Freistaates Thüringen in Höhe von T€ 9.902 (Vorjahr T€ 12.130).

IV. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen (T€ 103; Vorjahr T€ 153) betreffen im Wesentlichen nichtabzugsfähige Vorsteuer (T€ 32), sonstige Personalkosten (u.a. für betriebliches Gesundheitsmanagement) T€ 33 sowie Zinsaufwendungen aus der Aufzinsung für die Pensionsrückstellungen (T€ 17).

Von den Zinserträgen (T€ 334; Vorjahr T€ 228) entfallen T€ 225 auf Zinserträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften und T€ 109 auf Zinserträge aus festverzinslichen Wertpapieren.

Die Provisionserträge (T€ 3.802; Vorjahr T€ 3.759) beinhalten mit T€ 3.321 Bürgschafts- bzw. Garantiprovisionen und mit T€ 481 Bearbeitungsgebühren.

In den sonstigen betrieblichen Erträgen (T€ 1.484; Vorjahr T€ 1.246) sind neben der Vergütung von T€ 1.188, die die Bank für die Geschäftsbesorgung der Mittelständischen Beteiligungsgesellschaft Thüringen mbH für 2023 erhalten hat (Vorjahr T€ 1.150), vor allem Zinserträge aus der Abzinsung von Kreditrückstellungen (T€ 191) sowie Auflösungen von Rückstellungen (T€ 54) enthalten.

V. Sonstige Pflichtangaben

Die BBT verwaltet als Dienstleistung für Bund und Land, KfW und im eigenen Interesse Regressforderungen aus abgerechneten Bürgschaften und Garantien von insgesamt € 106,3 Mio. (Vorjahr € 115,5 Mio.), aus Mitarbeiterbeteiligungsgarantien von insgesamt € 1,9 Mio. (Vorjahr € 1,9 Mio.) sowie aus Leasing Bürgschaften EIF von insgesamt T€ 20,3 (Vorjahr € 20,3).

Die Forderungen an und aus eingegangenen Haftungsverhältnissen betragen für ein Mitglied des Verwaltungsrates T€ 118 (ein Bürgschaftsengagement).

Im Durchschnitt des Geschäftsjahres 2023 waren - ohne Geschäftsführung - 28 Mitarbeiter (davon sieben Teilzeitkräfte und eine geringfügig Beschäftigte) beschäftigt.

Das vom Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr berechnete Gesamthonorar beträgt für

- Abschlussprüfungsleistungen T€ 55,
- sonstige Leistungen T€ 6.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen resultieren aus langfristig laufenden Mietverträgen für die Geschäftsräume der BBT bis zum Jahr 2032. Diese betragen zunächst T€ 265 in 2024 und steigen jährlich sukzessive bis 2032 auf T€ 292 an.

Organe der Gesellschaft

a) Geschäftsführung

Die Geschäftsführung bestand im Berichtsjahr aus

- Dipl.-oec. Michael Burchardt
Verantwortlich für die Geschäftsbereiche Kredit, Rechnungswesen/Controlling, Gesamtbanksteuerung, Personal, Revisionsbeauftragter
- Dipl.-Betriebswirt (FH) Stefan Schneider
Verantwortlich für die Geschäftsbereiche Beteiligungen, Forderungsmanagement, Betriebsmanagement/IT

Auf die Angabe der Geschäftsführerbezüge wurde gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Für Pensionsverpflichtungen früherer Mitglieder der Geschäftsführung und ihrer Hinterbliebenen sind zum Bilanzstichtag insgesamt T€ 803 zurückgestellt; die laufenden Bezüge für diese betragen T€ 39.

b) Verwaltungsrat

Die ordentlichen Mitglieder und ihre Stellvertreter sind in der Anlage zum Anhang benannt. Die Mitglieder des Verwaltungsrates erhielten in 2023 Aufwandsentschädigungen in Höhe von T€ 4.

c) Bewilligungsausschuss

In der Bank besteht ein Bewilligungsausschuss, der sich aus neun ordentlichen Mitgliedern mit jeweils einem 1. und 2. Stellvertreter - bis auf die zwei namentlich nicht benannten Mitglieder (je eines) vom Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und digitale Gesellschaft und vom Thüringer Finanzministerium - zusammensetzt (siehe Anlagen zum Anhang).

Die Tätigkeit im Bewilligungsausschuss ist ehrenamtlich. Die Mitglieder erhalten eine vom Verwaltungsrat festgesetzte pauschale Aufwandsentschädigung sowie Fahrtkostenerstattungen. Im Berichtsjahr erhielten die Mitglieder des Bewilligungsausschusses insgesamt T€ 8.

Erfurt, 08. März 2024

Bürgschaftsbank Thüringen GmbH

Michael Burchadt

Stefan Schneider

Besetzung des Verwaltungsrates

Stand 01.01.2023 - 31.12.2023

a) vorgeschlagen von den an der Gesellschaft beteiligten Wirtschaftsorganisationen - 6 Mitglieder

Wirtschaftsorganisation	Mitglied	Stellvertreter
Industrie- und Handelskammer Erfurt Erfurt	stellvertr. Vorsitzender	
Industrie- und Handelskammer Südthüringen Suhl	Thomas Malcherek Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer Erfurt Erfurt	Carsten Bonß Betriebsberater Handwerkskammer Südthüringen Suhl
Industrie- und Handelskammer Ostthüringen Gera	Dr. Cornelia Haase-Lerch Hauptgeschäftsführerin der Industrie- und Handelskammer Erfurt Erfurt	Dr. Ralf Pieterwas Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer Südthüringen Suhl
Handwerkskammer Erfurt Erfurt	Dipl.-Ing. Olaf Horn Öffentlich bestellter Vermessungsingenieur Apolda	Karsten Sachse Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer für Ostthüringen Gera
Handwerkskammer für Ostthüringen Gera		
Handwerkskammer Südthüringen Suhl	Dr. Thomas Könnecke Präsident des Landesverbandes für Groß-/Außenhandel und Dienstleistungen Thüringen e.V. Erfurt	Dr. Jana Zimmermann Vizepräsidentin des Landesverbandes für Groß-/Außenhandel und Dienstleistungen Thüringen e.V. Erfurt
Verband der Wirtschaft Thüringens e.V. Erfurt		
Handelsverband Thüringen - Der Einzelhandel e.V. Erfurt	Dr. Harald Bruhn Leiter Verwaltung und Verbandsorganisation des Verbandes der Wirtschaft Thüringens e.V. Erfurt (bis 05.10.2023)	Dr. Herbert Becherer Präsident der Steuerberaterkammer Thüringen Gotha
Landesverband Groß-/Außenhandel und Dienstleistungen Thüringen e.V. Erfurt		
CDH Mitte - Wirtschaftsverband für Handelsvermittlung und Vertrieb Hessen, Thüringen und Rheinland-Pfalz e.V. Frankfurt	Arnold Senft Präsident, Handelsverband Thüringen-Der Einzelhandel e.V. Erfurt	Siegmar Richter Vizepräsident, Handelsverband Thüringen-Der Einzelhandel e.V. Erfurt
Allgemeiner Arbeitgeberverband Thüringen e.V. Erfurt		
Fachverband Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau Hessen, Thüringen e.V. Wiesbaden		
Steuerberaterkammer Thüringen Erfurt		
Landesverband der Freien Berufe Thüringen e.V. Weimar		

b) vorgeschlagen von den an der Gesellschaft beteiligten Kreditinstituten - 6 Mitglieder

Wirtschaftsorganisation	Mitglied	Stellvertreter
Landesbank Hessen-Thüringen, Girozentrale Frankfurt am Main	Vorsitzender	
	Hans-Georg Dorst Vorstandsvorsitzender, Sparkasse Mittel- thüringen Erfurt	Carsten Sprenger Vorstandsmitglied der Kreissparkasse Saalfeld- Rudolstadt Saalfeld
	Uwe Höppner Abteilungsleiter der Landesbank Hessen-Thüringen Erfurt	Dr. Ralf Lichtenthäler Landesbank Hessen-Thüringen Erfurt
Deutsche Bank AG, Frankfurt am Main UniCredit Bank AG, München Commerzbank AG, Frankfurt am Main Bankhaus Max Flessa KG, Schweinfurt	Annett Maier Teamleiterin Small Business Clients Sach- sen/Sachsen- Anhalt/Thüringen UniCredit Bank AG Jena	Jens Stiebner Direktor der Flessabank-Niederlassung Erfurt, Bankhaus Max Flessa KG Schweinfurt
	Dr. Tanja Zschach Marktgebietsleiterin Firmenkunden Thüringen, Deutsche Bank AG Erfurt	Dirk Stoffregen Leiter der Niederlassung Erfurt der Commerzbank AG, Mittelstandsbank Erfurt
DZ BANK AG Deutsche Zen- tral-Genossenschaftsbank, Frankfurt am Main	Katrin Siebert Abteilungsleiterin Firmenkundenge- schäft Sachsen/ Thüringen DZ BANK AG, Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank Leipzig	Kay Kakuschke Abteilungsleiter Seniorkundenbetreu- er Firmenkundengeschäft, DZ BANK AG, Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank Leipzig
	Torsten Narr Vorstandsvorsitzender, Volksbank eG Gera • Jena • Rudolstadt Jena	Falko Gaudig Vorstandsmitglied Volksbank eG Gera • Jena • Rudolstadt Rudolstadt

c) vorgeschlagen von der an der Gesellschaft beteiligten Versicherungsgesellschaft - 1 Mitglied

Wirtschaftsorganisation**Mitglied****Stellvertreter**

SIGNAL-IDUNA Beteiligungsgesellschaft
für Bürgschaftsbanken und Kreditgemein-
schaften mbH Hamburg

Christian Breckwoldt
Organisationsdirektor der SIGNAL IDUNA
Gruppe, Organisationsdirektion Nord/Ost
Berlin

Harald Tischer
Filialdirektor der SIGNAL IDUNA
Gruppe, Filialdirektion
Erfurt

d) entsendet durch die an der Gesellschaft beteiligte Thüringer Aufbaubank - 1 Mitglied

Thüringer Aufbaubank, Anstalt des
öffentlichen Rechts | Erfurt

Eckhard Hassebrock
Mitglied des Vorstandes, Thüringer Auf-
baubank | Erfurt

Thomas Grimmer
Bereichsleiter Kreditanalyse & Finanzen
Thüringer Aufbaubank | Erfurt

Mitglieder des Bewilligungsausschusses

Amtsperiode bis 31.12.2023

Organisation	Mitglied	1. Stellvertreter	1. Stellvertreter
Thüringer Industrie- und Handelskammern	Falk Hundertmark Existenzgründung und Unternehmensförderung der Industrie und Handelskammer Ostthüringen zu Gera Gera	Dr. Jan Pieter Schulz Referent Volkswirtschaft der Industrie- und Handelskammer Südthüringen Suhl (bis 31.12.2023)	Jörn Fröbel Referent Unternehmenssicherung /Finanzierung der Industrie- und Handelskammer Erfurt Erfurt
Thüringer Handwerkskammern	Sebastian Ratz Abteilungsleiter Betriebsberatung Handwerkskammer Erfurt	Carsten Bonß Abteilungsleiter Beratung/Betriebsberater der Handwerkskammer Südthüringen Suhl	Carsten Mogk Referatsleiter Wirtschaftsförderung/Standortpolitik der Handwerkskammer für Ostthüringen
Landesverband Groß-/Außenhandel und Dienstleistungen Thüringen e.V. Erfurt Steuerberaterkammer Thüringen Erfurt Ingenieurkammer Thüringen	Dipl.Ag.Ing. Ingo Steinbrecher Steuerberater Vizepräsident der Steuerberaterkammer Thüringen Erfurt	Dipl.-Ing. Olaf Horn Öffentlich bestellter Vermessungsingenieur Apolda	Udo Lindenlaub Regionalverband Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau Hessen-Thüringen e.V.
Landesbank Hessen-Thüringen	Marco Jacob Vorstandsvorsitzender der Sparkasse Arnstadt- Ilmenau Ilmenau	Andreas Hohlfeld Vorstandsmitglied der Sparkasse Altenburger Land Altenburg	Sven Hauschild Vorstandsmitglied der Sparkasse Arnstadt- Ilmenau Ilmenau
Ostdeutscher Bankenverband	Nico Linke Niederlassungsleiter der Commerzbank AG Jena	Karina Bleek stellv. Abteilungsleiterin Kreditspezialistin im Geschäftskundencenter - Kleine und Mittlere Unternehmen UniCredit Bank AG Erfurt	Stefan Martin Senior Experte Geschäftskunden, Deutsche Bank AG, Erfurt
DZ Bank AG Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank	Torsten Narr Mitglied des Vorstandes der Volksbank eG Gera-Jena-Rudolstadt Rudolstadt	Peter Herbst Mitglied des Vorstandes der Nordthüringer Volksbank eG	Martina Kopietz Mitglied des Vorstandes der Volksbank Thüringen Mitte Suhl

Mitglieder des Bewilligungsausschusses

Amtsperiode bis 31.12.2023

Organisation	Mitglied	1. Stellvertreter	1. Stellvertreter
Thüringer Aufbaubank	Guido Zacher Bereich Kundenbetreuung Thüringer Aufbaubank Erfurt	Jan Güssow Bereich Kundenbetreuung Thüringer Aufbaubank Erfurt	Thomas Gröger Bereich Kreditrisikomanagement Thüringer Aufbaubank Erfurt
Ministerium für Wirtschaft des Landes	Dirk Otto Referatsleiter Wirtschaftsförderung (bis 31.12.2023)	Andreas Beutel Referent Wirtschaftsförderung	(namentlich unbenannt) Referent/ Sachbearbeiter des Referates Wirtschaftsförderung
Ministerium für Finanzen des Landes	Andreas Rohwer Leiter Bürgschaftsreferats	Christian Heinze stv. Leiter des Bürgschaftsreferats	(namentlich unbenannt) Bevollmächtigung einer weiteren Person des Thüringer Finanzministeriums

Anlagespiegel

zum 31. Dezember 2023

ANSCHAFFUNGSKOSTEN	Stand am 01.01.2023 EUR	Zugänge EUR	Abgänge	Stand am 31.12.2023 EUR
Immaterielle Anlagenwerte				
a) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	457.550,87	0,00	15.696,71	441.854,16
Sachanlagen	433.505,17	7.219,56	28.367,80	412.356,93
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere *)	5.000.000,00	2.500.000,00	0,00	7.500.000,00
Beteiligungen	56.629,19	0,00	0,00	56.629,19
Summe Anlagevermögen	5.947.685,23	2.507.219,56	44.064,51	8.410.840,28

ABSCHREIBUNGEN	Stand am 01.01.2023 EUR	Abschreibungen EUR	Änderungen der kumul. Abschr.wg. Zu-/ Abgängen EUR	Stand am 31.12.2023 EUR
Immaterielle Anlagenwerte				
a) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	447.714,92	6.702,61	-15.696,71	438.720,82
Sachanlagen	412.128,48	12.490,60	-28.367,80	396.251,28
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere *)	132.307,00	0,00	0,00	132.307,00
Beteiligungen	0,00	0,00	0,00	0,00
Summe Anlagevermögen	992.150,40	19.193,21	-44.064,51	967.279,10

BUCHWERT BILANZSTICHTAG	Stand am 31.12.2022 EUR	Stand am 31.12.2023 EUR
Immaterielle Anlagenwerte		
a) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	9.835,95	3.133,34
Sachanlagen	21.376,69	16.105,65
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere *)	4.867.693,00	7.367.693,00
Beteiligungen	56.629,19	56.629,19
Summe Anlagevermögen	4.955.534,83	7.443.561,18

*) ohne abgegrenzte Zinsen
Die Beteiligungen sind nicht börsennotiert.

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Bürgschaftsbank Thüringen GmbH, Erfurt (im Folgenden „Gesellschaft“) - bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2023 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2023 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden - geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Gesellschaft für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2023 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2023 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2023 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit §§ 340k, 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben.

Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter und der Verwaltungsrat sind für die sonstigen Informationen verantwortlich.

Die sonstigen Informationen umfassen:
- die übrigen Teile des Geschäftsberichts ohne weitere Querverweise auf externe Informationen -, mit Ausnahme des geprüften Jahresabschlusses und Lageberichts sowie unseres Bestätigungsvermerks.

Diese werden uns voraussichtlich nach dem Datum dieses Bestätigungsvermerks zur Verfügung gestellt.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informatio-

nen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zum Lagebericht oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Verwaltungsrates für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.

Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d. h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Verwaltungsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesent-

lichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit §§ 340k, § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultie-

rende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als das Risiko, dass aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.

- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.

- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren.

Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.

- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft.

- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignis-

nisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit dem für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.“

Neu-Isenburg, 22. April 2024

AWADO GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft

Alexandra Pfeil
Wirtschaftsprüferin

Udo Swiertka
Wirtschaftsprüfer

Bericht des Verwaltungsrates

Der Verwaltungsrat wurde im Berichtsjahr regelmäßig von der Geschäftsführung über die Entwicklung und die Lage der Bürgschaftsbank Thüringen GmbH unterrichtet.

Im Geschäftsjahr 2023 fanden nachstehende zwei Sitzungen des Verwaltungsrates statt:

ordentliche Sitzung 25.05.2023

ordentliche Sitzung 30.11.2023

Des Weiteren hat sich der Vorsitzende des Verwaltungsrates in den Besprechungen am 17.04., 23.10. und 19.12.2023 über die laufende Geschäftsentwicklung informiert. In diesen Gesprächen hat er sich insbesondere auch über die risikorelevanten Themen und die Geschäftsentwicklung im Rahmen eines Soll-/Ist-Vergleiches unterrichten lassen.

Im Mittelpunkt der Verwaltungsratssitzung am 25.05.2023 stand der Bericht über die Jahresabschlussprüfung per 31.12.2022. Weiterhin informierte die Geschäftsführung auf der Basis des Risikoberichtes zum 31.03.2023 über den laufenden Geschäftsgang, den Bericht des Compliance-Beauftragten für den Zeitraum vom 01.04.2022 bis 26.03.2023. und den Bericht der Innenrevision für das Geschäftsjahr 2022.

Schwerpunkte der Sitzung des Verwaltungsrates am 30.11.2023 waren die Erörterung der Geschäfts- und Risikostrategie (inkl. Anlage- und IT-Strategie) sowie Erläuterungen zum Risikobericht per 30.09.2023. Des Weiteren stellte die Geschäftsführung die Geschäftsplanung für den Zeitraum 2024 bis 2026 vor und informierte gem. § 3 Abs. 1 Satz 2 der Institutsvergütungsverordnung über die Vergütungssystematik der BBT.

Außerdem berichtete die Geschäftsführung über den aktuellen Stand des Projektes der Bürgschaftsbanken zur digitalen Anbindung der Hausbanken.

Im Ergebnis der gem. § 25 d Abs. 11 Nr. 3 und Nr. 4 KWG durchgeführten jährlichen Evaluierung stellte der Verwaltungsrat in seiner Sitzung am 30.11.2023 fest, dass sowohl jedes einzelne Mitglied des Verwaltungsrates sowie der Verwaltungsrat in seiner Gesamtheit, als auch jedes einzelne Mitglied der Geschäftsführung sowie die Geschäftsführung als Organ in der Lage sind, die sich aus den entsprechenden Überwachungs- bzw. Leitungsfunktionen ergebenden – insbesondere aufsichtsrechtlichen – Anforderungen vollumfänglich zu erfüllen.

Der Verwaltungsrat hat die Geschäftsführung beraten und nach den gesetzlichen und satzungsmäßigen Bestimmungen überwacht.

Über Neuengagements der Gesellschaft wurde durch den Bewilligungsausschuss und die Geschäftsführung entschieden.

Die AWADO GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft, Neu-Isenburg hat den Jahresabschluss 2023 und den dazugehörigen Lagebericht geprüft. Der Jahresabschluss wurde mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

An den Erörterungen des Verwaltungsrates über den Jahresabschluss hat der Wirtschaftsprüfer teilgenommen und über die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfung berichtet.

Der Verwaltungsrat hat den Jahresabschluss und den Lagebericht eingehend beraten. Nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfungen erhebt der Verwaltungsrat keine Einwände und schließt sich dem Ergebnis der Abschlussprüfer an. Er empfiehlt der Gesellschafterversammlung, den Jahresabschluss per 31.12.2023 festzustellen.

Der Verwaltungsrat schließt sich dem Vorschlag der Geschäftsführung zur Verwendung des Jahresüberschusses (Einstellung in die Rücklage gem. § 15 des Gesellschaftsvertrages) an.

Der Verwaltungsrat empfiehlt der Gesellschafterversammlung, den Mitgliedern der Geschäftsführung und des Verwaltungsrates für ihre Tätigkeit im Geschäftsjahr 2023 Entlastung zu erteilen.

Der Verwaltungsrat dankt der Geschäftsführung und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bürgschaftsbank Thüringen GmbH für die im Geschäftsjahr 2023 geleistete Arbeit.

Beschlussvorschlag:

Der Verwaltungsrat nimmt den mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk der AWADO Deutsche Audit GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft, Neu-Isenburg versehenen Jahresabschluss der Bürgschaftsbank Thüringen GmbH zum 31.12.2023 mit einer Bilanzsumme von EUR 54.675.244,91 und einem Jahresüberschuss von EUR 1.013.667,32 zur Kenntnis. Er empfiehlt der Gesellschafterversammlung, den Jahresabschluss festzustellen und den Jahresüberschuss von EUR 1.013.667,32 gemäß § 15 des Gesellschaftsvertrages der Gewinnrücklage zuzuführen.

Des Weiteren empfiehlt er der Gesellschafterversammlung den Mitgliedern der Geschäftsführung und des Verwaltungsrates für ihre Tätigkeit im Geschäftsjahr 2023 Entlastung zu erteilen.

Der Verwaltungsrat beschließt den vorliegenden Bericht des Verwaltungsrates über das Geschäftsjahr 2023 an die Gesellschafterversammlung.

Erfurt, den 24. Mai 2024

gez: Hans-Georg Dorst
Verwaltungsratsvorsitzender



Bürgschaftsbank Thüringen GmbH
Bonifaciusstraße 19
99084 Erfurt

Tel. 0361 21 35-0

info@bb-thueringen.de
bb-thueringen.de



bericht.bb-thueringen.de